

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Zeynep Alraqeb	SPD
Frau Waltraud Blümcke	SPD
Herr Hans-Josef Bauer	CDU
Herr Armin Dappen	Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Ingrid Hack	SPD
Herr Biber Happe	FDP
Herr Oswald Pannes	Fraktion Die Linke.
Frau Doris Rost	Pro Köln
Herr Paul Spörl	FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Lyudmyla Beysorina	entsandt vom Integrationsrat
Herr Thomas Haas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Amalie Klein	entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Ibrahim Turhan	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik (in Vertr.für Frau Combrink-Sou.)
Frau Dagmar Ziege	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann	Deutscher Kinderschutzbund
Herr Konrad Gilges	AK für das ausländische Kind e.V.
Frau Karin Grevelhörster	Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V.
Frau Sabine Kruszczyk	Diakonisches Werk Köln und Region (in Vertretung für Frau Blümel)
Frau Frauke Mahr	Mädchenhaus Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz
Herr Jochen Sander-von der Meden	Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und Ökologische Bildung
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Herr Wolfgang Schmidt	Kinder- und Familienhilfen Michaelshoven gGmbH
Frau Carola Siman	Ev. Kirchenverband

Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerke e.V.
Frau Sarah van Dawen	Kölner Jugendring e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte
Frau Carmen Wöhler	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V. (MCD / HKS)
Herr Dr. Wolfgang Zschke	Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein	Dezernentin
Frau Carolin Krause	Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirchengemeinde
Frau Mathilde Magna Becker	Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Herr Christopher Meier	Bundesagentur für Arbeit
Frau Marianna Seyda	Synagogen-Gemeinde Köln
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirchengemeinde
Herr Pfarrer Werner Völker	Ev. Kirchengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Frau Christiane Lehmann	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Frau Dr. Anne Bunte	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Frau Dr. Sabine van Eyck	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und **begrüßt** alle Ausschussmitglieder, die Presse und die Besucher - insbesondere Frau Müllers, die heute gemeinsam mit ihrer Klasse von der Fachschule für Sozialpädagogik zu Gast ist. Auch spricht er die Anwesenheit von Herrn Pniewski (Amt für Landschaftspflege und Grünflächen), Frau Ehl (Kämmerei) und Frau Di Stefano (Gesundheitsamt) an, die zur Sitzung erschienen sind, um aufkommende Fragen zu ihren Vorlagen zu beantworten.

Mit dem vorgegebenen Text **verpflichtet** er

- Frau Zeynep Alraqeb (SPD-Fraktion)
- Herrn Thomas Haas (anyway)
- Frau Sabine Kruszcak (Diakonisches Werk Köln und Region)
- Herrn Christopher Meier (Bundesagentur für Arbeit Köln).

Herr Dr. Heinen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nicht Herr Karel junior Schiele, sondern dessen Vater, Ratsmitglied Herr Karel Schiele, an der Dezemberversitzung teilgenommen hat und somit Herr Karel junior Schiele nicht verpflichtet wurde.

Der Ausschussvorsitzende macht auf die ausliegenden und zur Mitnahme vorgesehenen **Broschüren** „Bericht 2012 – Frühe Hilfen im Gesundheitsamt in Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie“ (zu TOP 3.8) aufmerksam.

Er zeigt außerdem die fehlerhaften **Bezeichnungen der Umdrucke** vom 21.01.2013 auf:

Vorlage 0194/2013, beschriftet mit „TOP 5.2.1“, ist tatsächlich „zu TOP 5.2.1“,
Vorlage 0188/2013, beschriftet mit „TOP 5.2.2“, ist tatsächlich „zu TOP 5.2.2“.

Zu **TOP 6.2** gibt er bekannt: da die Bezirksvertretung 9 erst nach dem Jugendhilfeausschuss über diese Vorlage entscheiden wird, wird vorgeschlagen, den heutigen Beschluss „vorbehaltlich der Entscheidung der Bezirksvertretung Mülheim“ zu fassen.

Die Ausschussmitglieder erklären sich hiermit einverstanden.

Die Beratungsergebnisse der **vorberatenden Gremien** liegen zu TOP 8.1 (4300/2013) als Tischvorlage aus.

Weiterhin wurden folgende Vorlagen als **Tischvorlage** ausgeteilt: 2.1, 3.12, zu 8.1 und 8.2.

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Heinen, noch folgende Punkte in die **Tagesordnung** aufzunehmen: 2.1, 3.8 bis 3.12, 5.2.1 und zu 5.2.1, 5.2.2 und zu 5.2.2, 6.2 sowie 8.1 bis 8.2.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen

- 2.1 Auswirkung des Einfrierens von Fördermitteln
0197/2013

3 Mitteilungen

- 3.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013"
4457/2012
- 3.2 Statusbericht Bürgerhaushalt 2008
3258/2012
- 3.3 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010
3271/2012
- 3.4 Innovationspreis des Verbandes kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V. (VKIG)
4543/2012
- 3.5 Bestellung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses
0004/2013
- 3.6 Wahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Jugendhilfeausschusses
0010/2013
- 3.7 Kita-Grundstück "Auf dem Flachsacker 38" in Köln-Höhenhaus
3339/2012
- 3.8 Bericht 2012 - Frühe Hilfen im Gesundheitsamt in Kooperation mit dem Amt für Kinder, Jugend und Familie
4676/2012

- 3.9 Korrigierter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung im Kindergartenjahr 2012/13 (Stand: 15.10.2012)
0055/2013
- 3.10 Jugendschöffenwahl 2013
4458/2012
- 3.11 MÜLHEIM 2020, Start des Projektes "Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder" zum 01.01.2013
0171/2013
- 3.12 Rücktritt eines stimmberechtigten Mitgliedes
0284/2013

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 5.1 Frühere Anfragen
- 5.2 Neue Anfragen
 - 5.2.1 Mittagspause Plus und Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I
AN/0062/2013
 - zu 5.2.1 Mittagspause PLUS und Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I
0194/2013
 - 5.2.2 Kürzungen bei der Offenen Ganztagsgrundschule
AN/0063/2013
 - zu 5.2.2 Kürzungen bei der offenen Ganztagsgrundschule
0188/2013

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 6.1 Gewährung von Zuschüssen
4626/2012

- 6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;
hier: "Familie in Balance e.V."
0120/2013

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 8.1 Grüngürtel: Impuls 2012
4300/2012

- 8.2 Jugendzentren Köln gGmbH: Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft für
urbane Jugendarbeit Köln mbH
0008/2013

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden für diese Sitzung Frau Gonca Mucuk, Herr Dr. Helge Schlieben und Frau Gisela Stahlhofen benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

2.1 Auswirkung des Einfrierens von Fördermitteln 0197/2013

Die Beantwortung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Resultierend aus einer Frage der Fraktion Die Linke. im Rahmen des TOP 9 in der Sitzung 11.12.2012. Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Beantwortung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 1 bei.

3 Mitteilungen

3.1 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2013" 4457/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.2 Statusbericht Bürgerhaushalt 2008 3258/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen steigt in die Diskussion ein mit dem Wunsch, dass die Aktualität der Berichte verbessert werde. Ein Lesen dieser Vorlage könne unter Umständen eher zu einem Informationsverlust, als zu einem Informationsgewinn führen, da einige Punkte nur unvollständig wiedergegeben oder längst überholt seien.

Im Ausschuss Schule und Weiterbildung sei zu dieser Vorlage ein Vorschlag entstanden, den er auch hier unterbreiten wolle: wünschenswert sei eine Übersicht zu Be-

ginn, auf welcher zu jedem Punkt der Status abgebildet ist, beispielsweise „erfüllt“, „nicht erfüllt“ oder „in Bearbeitung“.

Herr Dr. Schlieben schließt sich seinem Vorredner an.

Auch **Frau van Dawen** stimmt diesen Hinweisen zu und bittet um Erläuterung, warum die Spielplatzsanierung in der Eugen-Sänger-Straße (Rang 59, Vorschlag 5790) wegen des Konjunkturpaketes II zurückgestellt werden musste.

Zum besseren Verständnis erläutert **Frau Beigeordnete Dr. Klein**, dass die Bundesmittel aus dem Konjunkturpaket II bis Ende 2011 ausgegeben werden mussten und erklärt, dass andere Projekte, wie etwa die angesprochene Spielplatzsanierung, vorübergehend zurückgestellt werden mussten, um ausreichend personelle und zeitliche Kapazitäten zu haben, die Bundesmittel innerhalb der maßgeblichen Frist auszu-schöpfen.

3.3 Statusbericht Bürgerhaushalt 2010 3271/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben findet es unglücklich, dass in der Mitteilung zum Thema „Köln als soziale Stadt braucht (weiterhin) Jugendzentren“ (Rang 1, Vorschlag 1058-10) keine Aussage zur Perspektive für die Jahre 2013 bis 2017 getroffen wurde, insbesondere angesichts der aktuell diskutierten Kürzungsvorschläge aus den Dezernaten.

3.4 Innovationspreis des Verbandes kommunaler Immobilien- und Gebäudewirtschaftsunternehmen e.V. (VKIG) 4543/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen schließt sich der Beschwerde Herrn Dr. Zimmermanns aus dem Ausschuss Schule und Weiterbildung über den Informationsfluss von Seiten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln an. Da einige angefragte Informationen für die Politik weiterhin nicht frei einsehbar seien, werde in seinen Augen zu früh gelobt.

Dies wurde laut Aussage der **Frau Beigeordneten Dr. Klein** bereits entsprechend an die Gebäudewirtschaft kommuniziert.

3.5 Bestellung eines neuen beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses 0004/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.6 Wahl einer sachkundigen Einwohnerin für den Jugendhilfeausschusses
0010/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.7 Kita-Grundstück "Auf dem Flachsacker 38" in Köln-Höhenhaus
3339/2012**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.8 Bericht 2012 - Frühe Hilfen im Gesundheitsamt in Kooperation mit dem
Amt für Kinder, Jugend und Familie
4676/2012**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.9 Korrigierter Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung im
Kindergartenjahr 2012/13 (Stand: 15.10.2012)
0055/2013**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die ehrliche Offenlegung der Fehler und die entsprechende Korrektur. Ob seine Zweifel an der Zielerreichung berechtigt seien, werde man in naher Zukunft wissen, da der Stichtag kurz bevorstehe.

Zu den Darstellungen in Anlage 1 – aufgeschlüsselt auf die einzelnen Stadtteile – reicht er folgende Fragen zur Beantwortung ein:

- „ 1. Ist in der Tabelle die tatsächliche Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze oder die Anzahl der betreuten Kinder dargestellt?
Handelt es sich um die theoretisch zur Verfügung stehenden Plätze, wird um Benennung der tatsächlich betreuten Kinder gebeten.
2. Wie erklärt sich die Zahlendifferenz in der Mitteilung 3925/2012 in der BV Rodenkirchen zur Darstellung in der aktuellen Verwaltungsmitteilung 0055/2013 (76 betreute Kinder bei theoretisch 90 zur Verfügung stehenden Plätzen zu 244 zur Verfügung stehenden Plätzen)?
3. Wie bewertet die Verwaltung den Erfolg der Tagespflegeangebote hinsichtlich der Nachfrage der Eltern bzw. wie erachtet die Verwaltung die geschaffenen Angebote als bedarfsgerecht?
4. Wie beurteilt die Verwaltung die diskutierten „Probleme“ in der Akzeptanz der Tagespflege (z.B. Krankheit der Tagesmutter, höhere Kosten gegenüber einem Kita-Platz, Wechsel in ein Ü3-Angebot im Anschluss an die Tagespflege, ...)
5. Hält die Verwaltung den damals einstimmig gefassten Beschluss zur Aufteilung des Verhältnisses Kita/Tagespflege auf 70/30 (von ehemals 80/20) für korrekt oder sollte dieser Beschluss angesichts des tatsächlichen Nachfrageverhaltens

der Eltern der Realität angepasst werden? “

Frau Beigeordnete Dr. Klein bestätigt, dass es zu den differierenden Aussagen hinsichtlich der Plätze in Rodenkirchen am 04.02.2013 eine „aktuelle Stunde“ der dortigen Bezirksvertretung geben wird (Frage 2).

Die Zahlen für die Mitteilung an die Bezirksvertretung seien aus einer Kurzabfrage gezogen worden. Korrekt sei hingegen die der JHA-Mitteilung zu entnehmende Zahl (244).

In einem Gespräch mit den 5 Trägern, die für die Stadt Köln Tagespflegepersonen suchen, wurde eine klare Erwartungshaltung der Stadt Köln verdeutlicht: die Träger müssen an einem einheitlichen, zentralen EDV-System teilnehmen, um künftig einen korrekten und stets aktuellen Überblick abbilden zu können.

Zu Frage 1 verdeutlicht sie, dass es sich um die Anzahl der verfügbaren Plätze handle, unabhängig davon, wie viele davon bereits belegt seien.

Die Stadtverwaltung könne es sich nicht leisten, Plätze unbesetzt zu lassen. Man überlege nun gemeinsam mit den Trägern, wie die vorhandenen Plätze optimal besetzt werden können.

Zu den noch offenen Punkten werde eine schriftliche Beantwortung folgen.

Herr Dr. Heinen unterstützt das Vorhaben eines gemeinsamen EDV-Systems, vor allem im Hinblick auf die Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger.

Bezogen auf die Aussage von Frau Ministerpräsidentin Kraft, wonach sich Eltern auf die Erfüllung Ihres Anspruchs auf einen Platz verlassen können und sie mit keinen Klagen rechne, interessiert **Herr Pannes**, ob die Stadtverwaltung diesen Optimismus teile.

Er stellt in Frage, ob eine Zielsetzung von 40 % auch angesichts der aktuellen Bedarfe noch ausreiche. In diesem Zusammenhang bittet er um Darlegung, wie man die Quotenerhöhung von 38% auf 40% im vorliegenden Statusbericht erreichen wolle.

Frau Beigeordnete Dr. Klein rechnet nicht mit einer Klagewelle, jedoch mit vereinzelt Klagen. Eltern werden sich sicherlich genau überlegen, inwieweit eine Klage Aussicht auf Erfolg haben könne, da auch die Mitwirkungspflichten der Eltern in die Urteilsfindung miteinbezogen werden (beispielsweise die frühzeitige und umfassende Bemühung um einen Platz oder die Annahme von Alternativen zur gewünschten Betreuungsform).

Sie erläutert, dass eine Betreuungsquote von 38 % *zu Beginn* des Kindergartenjahres, und die restlichen 400 Plätze bis zur 40%-Marke *im Laufe* des Kindergartenjahres bis August 2013 erfüllt werden sollen. Ob diese 40% tatsächlich ausreichen, werde man erst *dann* feststellen können. Innerhalb der Verwaltung rüste man sich perspektivisch bereits auf eine Erhöhung der Betreuungsquote auf 50%.

Aus Sicht der freien Wohlfahrtspflege reiche die Quote von 40% nicht aus, so **Frau Volland-Dörmann**. Sie möchte das Augenmerk an dieser Stelle jedoch von der „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ auf die „Teilhabe und Entwicklungschancen von Kindern“ lenken, da der Jugendhilfeausschuss als Lobby für die Kinder fungieren müsse.

Auch **Frau Jahn** vermutet, dass nach dem 01.08.2013 gegebenenfalls nachjustiert werden müsse, wenn der Bedarf sich bestätige. Ihres Wissens nach müssen Erziehungsberechtigte 6 Monate vor Inanspruchnahme einen Platz beantragen, so dass

aufgrund der derzeitigen Anmeldezahlen bereits jetzt bekannt sein müsse, ob das Angebot diese Nachfrage abdecke.

Sie erkundigt sich zudem danach, wie die Verwaltung mit Wünschen der Eltern zum Betreuungsort umgehe, da der Rechtsanspruch sich lediglich auf einen Platz im Stadtgebiet, nicht jedoch in einem bestimmten Stadtteil, beziehe.

Abschließend hebt sie die vorbildliche Ausbaudynamik der Stadt Köln im Vergleich zu anderen Großstädten hervor, die bei der Diskussion über vorhandene Schwierigkeiten nicht vergessen werden dürfe.

Herr Dr. Heinen stimmt dem zu und bedankt sich sowohl bei den freien Jugendhilfeträgern, als auch bei der Jugendverwaltung für die bisher geleistete Arbeit in diesem Bereich.

Frau Beigeordnete Dr. Klein betont, dass neben der Erreichung der Quote die *Qualität* nicht aus dem Auge zu verlieren sei. Deswegen werde die gemäß KiBiz vorgesehene Ausschöpfung des Betreuungskorridors durchaus umgesetzt. Um die Qualität zu sichern, werde der festgelegte Korridor jedoch nicht überschritten.

Sie stellt klar, dass innerhalb von 3 Monaten ein Platzangebot nachgewiesenermaßen vorliegen müsse. Es bestehe keine Anmeldevorlaufzeit von 6 Monaten, eine Anmeldung sei jederzeit möglich.

Es sei abzuwarten, wie die Rechtsprechung auf den vorgebrachten Wunsch von Eltern, in einem bestimmten Gebiet einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu erhalten, reagieren werde.

3.10 Jugendschöffenwahl 2013 4458/2012

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

3.11 MÜLHEIM 2020, Start des Projektes "Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder" zum 01.01.2013 0171/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen weist in Zusammenhang mit dieser für ihn erfreulichen Mitteilung auf das Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration Köln („ZMI“) hin, das er gerne in das dortige Netzwerk eingebunden sehe.

Frau Jahn wirft die Frage auf, wie es mit diesem wichtigen Projekt nach 2020 weitergehe, da es zeitverzögert angelaufen sei.

Frau Volland-Dörmann stimmt zu, dass Entwicklung und Start des Projektes schwierig gewesen seien, nun aber ein guter gemeinsamer Ansatz gefunden worden sei. Sie betont für die am Projekt beteiligte AWO Köln, dass ihr Auftrag in erster Linie „Nachhaltigkeit“ sei. Aus diesem Grund habe man Logopäden für die Entwicklung von Konzepten eingebunden, die dann als Handreichungen in alle 21 Einrichtungen in Mülheim gegeben und auch nach Beendigung des Projektes weiter genutzt werden können. So werde auch nach 2020 noch von der Projektarbeit profitiert.

Für **Herrn Pannes** ergibt sich die Frage, wie qualifiziert die eingesetzten Ergänzungskräfte sind, und ob diesbezüglich Einbußen in der Qualität der frühkindlichen Sprachvermittlung zu erwarten seien. Er befürchte Missstände, wenn voll ausgelastete Erzieherinnen durch nicht ausreichend qualifizierte Ergänzungskräfte unterstützt werden. Er zollt – ungeachtet seiner Fragen – jedoch seine Anerkennung für die beteiligten Träger und das Engagement Frau Volland-Dörmanns im schweren Geschäft der Fortbildung.

Natürlich bediene man sich vorwiegend wissenschaftlicher Studien, antwortet **Frau Volland-Dörmann**. Basierend auf bereits vorhandenen Erkenntnissen baue man die Arbeit vor Ort auf. Dabei werden ausschließlich tarifentlohnte Fachkräfte mit entsprechender Ausbildung eingestellt. Die Mitarbeiter der AWO Köln gehen in einer beratenden, supervisorischen Funktion in die Einrichtungen, so dass die festen Fachkräfte unter Anleitung durch die Berater auch weiterhin als Bezugsperson mit den Kindern arbeiten.

Auf die Frage **Herrn Dr. Zschkes**, inwieweit eine muttersprachliche Förderung durch Fachkräfte mit Migrationshintergrund geleistet werde, betont **Frau Volland-Dörmann**, dass das Konzept der einzelnen Kitas nicht beeinflusst werde. Bilinguale und Multilinguale Kitas führen ihre Arbeit ebenso wie einsprachige Häuser unverändert fort. Durch das Projekt werde dies nicht geändert, es werden lediglich Ergänzungskräfte zur fachlichen Unterstützung entsandt.

Frau Dezernentin Dr. Klein unterstreicht ihre Freude darüber, die letzte Aufgabe aus dem Sektor Bildung und Sport des Projektes „Mülheim 2020“ gelöst und die AWO Köln als kompetenten Partner dafür gewonnen zu haben.

Frau Rosts Frage, ob eine Kindergartenpflicht bestehe, wird von der Verwaltung verneint.

3.12 Rücktritt eines stimmberechtigten Mitgliedes 0284/2013

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Mitteilung liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge wurden im Vorfeld der Sitzung nicht gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

Frühere Anfragen liegen nicht zur Beantwortung vor.

5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Mittagspause Plus und Übermittagsbetreuung in der Sekundarstufe I AN/0062/2013

zu 5.2.1 Mittagspause PLUS und Übermittagbetreuung in der Sekundarstufe I 0194/2013

Die Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 15.01.2013 und deren Beantwortung werden zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes merkt an, dass die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung vorgesehenen Kürzungen, die unter anderem auch Leistungs- und Qualitätseinbußen mit sich bringen, laut Aussage des Herrn Oberbürgermeister Roters nicht nach dem „Gießkannenprinzip“ verteilt werden sollen. Nun sei aber eine Tabuzone berührt worden, indem der Bereich Jugend, Bildung und Sport den größten Teil der Kürzungen schultern müsse. Er halte diese Vorgehensweise für illusorisch, befürchte ein „Kaputtsparen“ von wichtigen Projekten und empfehle dagegen eine höhere Gewerbesteuer und eine Besteuerung von Vermögen einerseits sowie Kosteneinsparungen im Bereich der Prestigeobjekte Messehallen und Lanxess-Arena andererseits.

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen weist darauf hin, dass solche grundsätzlichen Debatten auf anderer Ebene zu führen seien.

Frau Volland-Dörmann bedauert, dass den Trägern der freien Jugendhilfe und Wohlfahrtspflege eine grundlegende Mitbestimmung bei der Aufstellung des Haushaltes im Jugendbereich nicht möglich war. Nun müsse Zeit und Raum für die Debatte sein, wie die das Dezernat IV (Bildung, Jugend und Sport) und das Dezernat V (Soziales, Integration und Umwelt) überproportional betreffenden Kürzungen faktisch dazu führen, dass freiwillige Leistungen in diesen Bereichen gestrichen werden müssen. Sie appelliert daher an die Fraktionen und den Stadtvorstand, sich dieser schwerwiegenden Auswirkungen bewusst zu werden.

Frau Rost kommt auf den Beitrag Herrn Pannes zurück und verweist zu dem Stichwort Vermögenssteuer auf weitaus besser verdienende Gewerkschafter.

5.2.2 Kürzungen bei der Offenen Ganztagsgrundschule AN/0063/2013

zu 5.2.2 Kürzungen bei der offenen Ganztagsgrundschule 0188/2013

Die Anfrage der Fraktion Die Linke. vom 15.01.2013 und deren Beantwortung werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Gewährung von Zuschüssen 4626/2012

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt die Gewährung von Zuschüssen in Höhe von **152.413,91 Euro** aus dem Teilergebnisplan 0603 – Kindertagesbetreuung, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen), Haushaltsjahr 2013. Die Mittel werden an folgende Träger vergeben:

PEV – Familienbildung	45.446,33 Euro
Malteser Hilfsdienst e.V.	10.710,00 Euro
FamilienForum Deutz Mülheim	31.386,83 Euro
Evangelische Familienbildungsstätte	28.000,00 Euro
Freies Bildungswerk Rheinland	36.870,75 Euro
Gesamt:	152.413,91 Euro

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung zur Abstimmung: Der SKF Köln und die SJD Die Falken waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier: "Familie in Balance e.V." 0120/2013

Wie bereits zur Sitzungseröffnung erläutert, wird die Vorlage aufgrund veränderter Beratungsfolge wie folgt zur Abstimmung gestellt:

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt vorbehaltlich der Entscheidung der Bezirksvertretung Mülheim, den Verein „Familie in Balance e.V.“, Schlebuscher Weg 41, 51061 Köln, gemäß § 75 SGB VIII als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung zur Abstimmung: Der SKF Köln und die SJD Die Falken waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Es werden keine Empfehlungen an andere Ausschüsse oder Bezirksvertretungen ausgesprochen.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

8.1 Grüngürtel: Impuls 2012 4300/2012

Frau van Dawen stellt die Planungen des Grünflächenamtes in einen Zusammenhang mit einer eigenständigen Jugendpolitik. Sie freue sich darauf, auch solche Themen mit jugendlichem Blick diskutieren zu können.

Anmerkung: Der vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgeteilte Auszug aus dem Ausschuss für Umwelt und Grün zu dieser Beschlussvorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 3 bei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat nimmt das im Auftrag der Kölner Grün Stiftung für den Äußeren Grüngürtel erarbeitete Entwicklungskonzept „Grüngürtel: Impuls 2012“ als Schenkung an.
2. Der Rat beschließt das Entwicklungskonzept „Grüngürtel: Impuls 2012“ als grundsätzliche Handlungsempfehlung und strategische Zielausrichtung für die zukünftige Entwicklung und Unterhaltung des Äußeren Grüngürtels.
3. Über die Realisierung einzelner Maßnahmen aus dem Entwicklungskonzept „Grüngürtel: Impuls 2012“ sind nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans durch die zuständigen Ratsgremien Einzelentscheidungen zu treffen.
4. Der Rat stimmt der „Charta Äußerer Grüngürtel“ (siehe Anlage) zu und bittet den Oberbürgermeister die Charta zu unterzeichnen.

Anmerkung: Die Anlage liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung zur Abstimmung: Der SKF Köln und die SJD Die Falken waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

8.2 Jugendzentren Köln gGmbH: Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft für urbane Jugendarbeit Köln mbH 0008/2013

Zunächst geht **Herr Dr. Heinen** auf die Historie der GUJA (Gemeinnützige Gesellschaft für urbane Jugendarbeit Köln mbH) ein. Die im Zuge der Insolvenz des bisherigen Betreibers vom Kriebelshof ausgelaufene Jugendarbeit wurde provisorisch durch den Einsatz eines Trucks vom SKM Köln wiederaufgenommen. Perspektivisch soll die GUJA wieder ein breites Angebot in den Räumlichkeiten vorhalten.

Frau Jahn findet es bedauerlich, dass die Vorlage derart spät vorgelegt wurde. Grundsätzlich befürwortet sie diese Konsortiumsbindung, sorgt sich allerdings um die Finanzierung. Konkret fragt sie nach der Sicherheit der angekündigten Gelder von der Aktion „wir helfen“ (Kölner Stadtanzeiger), und auch, ob es realistisch sei, bereits im ersten Jahr einen derart hohen Eigenanteil aus Veranstaltungen anzusetzen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein berichtet, dass es sich bei der vorliegenden um eine rechtstechnisch notwendige Vorlage handele, um die formelle Erlaubnis vom Stadtrat für den Zusammenschluss der JUGZ mit dem SKM Köln und dem Lino Club in die neue Gesellschaft GUJA zu erhalten. Sie selbst halte dieses trägerübergreifende Projekt für ein gutes Signal.

Die Stadtverwaltung bringe trotz desolater Haushaltssituation die Immobilie als Vermögenswert und den Zuschuss in Höhe von 168.000 Euro als Geschäftsgrundlage der Stadt ein. Dieser Zuschuss werde auch künftig nicht gekürzt. Bei der einmaligen Anschubfinanzierung in Höhe von 110.903 Euro handele es sich um Restmittel aus 2012. Die Immobilie werde sukzessive renoviert und in Betrieb genommen, erste Angebote für Jugendliche werde es bereits in den Osterferien geben.

Die Entscheidung über die Spende habe „wir helfen“ abschließend getroffen und eine Auszahlung versichert.

Herr Bergmann gibt zu bedenken, dass er der Vorlage nur zustimmen könne, wenn es rein um die Entscheidung ginge, ob die JUGZ in die neue Gesellschaft eingehen kann. Für eine inhaltliche Bewertung - bezogen auf Arbeit, Konzeption und Finanzierung - werde mehr Zeit benötigt.

Auch **Frau Volland-Dörmann** sieht sich nicht in der Lage, der Vorlage aufgrund der kurzen Vorlaufzeit zuzustimmen, werde sich aber bei der Abstimmung enthalten, um den Prozess nicht zu behindern. Sie könne sich alternativ auch einen Verweis der Vorlage ohne Votum in den Rat vorstellen.

Die übrigen Mitglieder schließen sich diesem Vorschlag nicht an, so dass Herr Dr. Heinen die Beschlussvorlage zur Abstimmung stellt.

*Anmerkung: Die vor Sitzungsbeginn als **Tischvorlage** ausgeteilte Beschlussvorlage liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei.*

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt – vorbehaltlich der Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln - der Gründung der gemeinnützigen Gesellschaft für urbane Jugendarbeit Köln mbH durch die Jugendzentren Köln gGmbH, den Soziales Zentrum Lino-Club e.V., Köln und den Sozialdienst Katholischer Männer e.V. Köln und der damit verbundenen Übernahme eines Geschäftsanteils von 8.334 Euro (33,3%) durch die Jugendzentren Köln gGmbH zu.

Die Gesellschaftsgründung erfolgt nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1).

Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen Gründen Änderungen des Gesellschaftsvertrags als notwendig erweisen, erklärt sich der Rat der Stadt Köln mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt des Gesellschaftsvertrags nicht verändert wird.

Anmerkung: Die Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.

Abstimmungsergebnis:

Bei Enthaltung der AWO Köln und Der Paritätische einstimmig zugestimmt.

Anmerkungen zur Abstimmung:

Der SKF Köln und die SJD Die Falken waren weder bei der Beratung, noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.

Der SKM Köln hat weder an der Beratung, noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen.

9 Anfragen

9.1

Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen reicht anlässlich eines Interviews im Kölner Stadtanzeiger vom 26.01.2013 (<http://www.ksta.de/koeln/koeln-barometer--anderswo-ist-vieles-besser-als-in-koeln-,15187530,21573876.html>) folgende Fragen mit der Bitte um Beantwortung ein:

- „1. Wie kann die Stadt [die Vereinbarkeit von Familie und Beruf] durch Gründung von Betriebskitas unterstützen?
2. Wie sind die Genehmigungsverfahren?
3. Von welcher Realisierung und Genehmigungsdauer ist im Schnitt auszugehen?
4. Gibt es besondere administrative Hürden (z.B. andere Genehmigungsverfahren für Betriebskitas)?
5. In anderen Städten existieren positive Beispiele (z.B. Betriebskitas in Einkaufszentren). Wie werden/wurden diese realisiert? “

Die Verwaltung wird diese Fragen schriftlich beantworten.

9.2

Herr Dr. Schlieben bittet um Stellungnahme zu folgenden Fragen zur Initiative „Joblinge AG“, die in Konkurrenz zu bereits bestehenden Projekten tritt, und diese teilweise verdrängt (Beispiel „Lokales Büro – Die Chance“ in Chorweiler):

- „ 1. Wie hoch ist der stadtteilbezogene Bedarf an Beratungsangeboten im Übergang Schule/ Beruf?
2. Welche Angebote im Übergang Schule/Beruf wurden bislang (bis Ende 2012) / sollen ab 2013 direkt von der Stadt Köln bzw. indirekt über die Beteiligung der Stadt Köln am Jobcenter Köln (co-)finanziert werden? (Bitte listen Sie die Kosten pro Projekt auf.)
3. Weshalb kürzt bzw. stellt die Stadt Köln die Förderung einzelner Projekte ein? (Bitte geben Sie die jeweiligen Gründe pro Projekt für die Einstellung bzw. Kürzung an.)
4. Wie viele Jugendliche wurden im Jahr 2012 durch die einzelnen Maßnahmen betreut? (Bitte listen Sie nach Projekten auf und geben dabei die Erfolgsquote an.)
5. Teilt die Stadt Köln nicht auch die Auffassung, dass die Finanzierung bestehender und erfolgreicher Projekte langfristig sinnvoller wäre, als die ständige Neuschaffung zeitlich befristeter Angebote?
6. Wenn ja: Wie will die Stadt Köln zukünftig die dauerhafte Finanzierung erfolgreicher Projekte gewährleisten? “

Die Verwaltung wird diese Fragen schriftlich beantworten.

9.3

Weiter wünscht **Herr Dr. Schlieben** eine schriftliche Beantwortung seiner Fragen zu dem im Neubaugebiet Bahnhof Wahn geplanten Spielplatz, da wegen tierschutzrechtlicher Bestimmungen die Vorbereitung der in Frage kommenden Fläche bis Herbst 2013 zurückgestellt werden müsse, wenn nicht bald eine Baugenehmigung erteilt werde. Außerdem gebe es Unstimmigkeiten bezüglich der Spielgerätebeschaffung:

- „ 1. Wie sieht der aktuelle Sachstand bzgl. des Spielplatz-Standortes aus? Welche Probleme stehen der Realisierung am ursprünglichen Standort entgegen und können diese zeitnah ausgeräumt werden? Wie beurteilt die Verwaltung die Realisierungsmöglichkeit des Alternativvorschlags der Bezirksvertretung Porz?
2. Welche flankierenden Maßnahmen kann die Jugendverwaltung ergreifen, damit die Erteilung der Baugenehmigung zügig erfolgen kann und die für den Bau

des Spielplatzes notwendige Fällung der Bäume bis zum 28. Februar durchgeführt werden kann?

3. Wie hoch sind die Kosten für die Beschaffung der geplanten Spielgeräte? Wie sieht der aktuelle Sachstand bzgl. der Finanzierung der Spielgeräte und des gesamten Spielplatzes aus?
4. Wann ist mit der finalen Klärung aller beschriebenen Probleme zu rechnen und wann werden die Arbeiten zur Errichtung des Spielplatzes voraussichtlich beginnen bzw. beendet sein?“

Die Verwaltung wird diese Fragen schriftlich beantworten.

9.4

Frau Stahlhofen spricht die Sozialraumkoordinatoren an, deren Stellen ihren Informationen zufolge eingespart und deren Aufgaben auf die Bezirksamtsleiter oder die Bezirksjugendpfleger übertragen werden sollen. Sie erkundigt sich nach den Hintergründen, insbesondere nach welchem Konzept die Sozialraumkoordination übergeleitet werden soll.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass das Projekt „lebenswerte Veedel“ ausgezeichnet worden sei. Die Kürzungen sollen demnach keinesfalls eine Kritik an der Qualität oder dem Personal darstellen. Bis Ende 2013 sei eine Finanzierung der 2 Stellen bei der Stadt sowie der 10 Stellen bei freien Trägern gewährleistet. Ab 2014 solle das Projekt weitergeführt werden, allerdings unter Wegfall der Förderung der Stellen der freien Träger und der Stadt sowie Übertragung der Aufgaben auf die Bezirksjugendpflege.

Am 26.01.2013 wurden Einsparvorschläge diskutiert. Die von einer Teilnehmerin aufgeworfene Idee, die Aufgabe an die Bezirke (Bezirksamtsleiter) anzugliedern, habe sie als akzeptabel bewertet.

Frau Stahlhofen hakt nach, wie die Arbeit noch zu schaffen sein könne, da die Stellen der Bezirksjugendpfleger bereits einmal reduziert worden seien und gegebenenfalls ein weiteres Mal gekürzt werden sollen.

Herr Dr. Heinen und Frau Beigeordnete Dr. Klein korrigieren dahingehend, dass die lange Zeit zurückliegende Reduzierung durch eine Aufstockung auf insgesamt 9 Stellen wieder wettgemacht wurde. Zur Zeit gibt es einen Jugendpfleger pro Bezirk. Frau Beigeordnete Dr. Klein verweist auf die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen und die noch ausstehende Verabschiedung des Haushalts. Danach bleibe ein halbes Jahr Zeit für ein Überleitungskonzept.

9.5

Frau Laufenberg bittet um Sachstandsmitteilung zu den notwendigen Instandsetzungen (fehlende Feuerlöscher, defekte Steckdosen, Prüfung des Schimmelbefalls) in den Räumlichkeiten der Katharina-Henoth-Gesamtschule, die im Rahmen des „Tag der Jugend“ an die Gebäudewirtschaft herangetragen wurden, besonders nachdem die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln nun mitgeteilt habe, dass diese Reparaturbedarfe bereits vorher bekannt gewesen seien, jedoch noch immer keine Reparaturen erfolgt seien.

Die Jugendverwaltung wird die Gebäudewirtschaft beauftragen, diese Fragen schriftlich zu beantworten.

9.6

Frau van Dawen drückt zunächst ihre Freude über die Beteiligung der Kölnerinnen und Kölner im Wege des Bürgerhaushaltes aus. Sie bittet jedoch um Auskunft, warum anstatt einer Beteiligung im allgemeinen Sinne (Ideen zu allen die Stadt betreffenden Belange) nun nur noch eine Beteiligung ausschließlich zum Thema „Einsparungen“ möglich sei.

Die Jugendverwaltung wird die Kämmerei beauftragen, diese Fragen schriftlich zu beantworten.

9.7

Frau Blum-Maurice möchte wissen, wann sie nachträglich aufkommende Fragen zum Kriebelshof stellen kann.

Herr Dr. Heinen weist diesbezüglich auf den TOP 9 hin, im Rahmen dessen sie Fragen auch zu in anderen Sitzungen besprochenen Beschlussvorlagen stellen könne.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)

gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)